

# Jahresbericht 2019

Europäisches BürgerInnen Forum

**civique**  
forum!.org



## Die Saat für eine solidarische Zukunft unterstützen

Liebe Freundinnen und Freunde,

Jetzt, da wir diesen Jahresbericht 2019 zusammenstellen, befinden wir uns inmitten der Corona-Krise 2020. Wer hätte im letzten Jahr vorausgesagt, was uns im Augenblick widerfährt. Denn das letzte Jahr war weltweit von Protestbewegungen gekennzeichnet. In Frankreich, Chile, Hongkong, Algerien, Irak, im Iran, Libanon oder Sudan gingen Millionen von Menschen gegen die Mächtigen auf die Strasse. Die Bewegungen waren sehr unterschiedlich, hatten aber auch Gemeinsamkeiten: die Wut auf korrupte Eliten und deren Machtmissbrauch, gegen Unterdrückung, Ungleichheit und Perspektivlosigkeit.

Gleichzeitig breitete sich die «Fridays for Future»-Bewegung für Klimagerechtigkeit aus und in der Schweiz fand ein historischer Frauenstreik statt.

Inzwischen ist der Grossteil der Welt im Corona-Ausnahmestand, Massenproteste sind momentan nicht mehr möglich. Doch die Ursachen und Probleme für die Unzufriedenheit bleiben. Und diese riskieren, sich noch zu verschärfen. Deshalb ist es wichtig, alle zivilgesellschaftlichen Ansätze und Initiativen zu unterstützen, die - jetzt unter erschwerten Bedingungen - dafür sorgen, dass der soziale Zusammenhalt nicht aus den Fugen gerät, dass die Verletzlichsten nicht völlig unter die Räder kommen und dass die Klima- und Umweltfragen präsent bleiben.

Wir steuern unseren bescheidenen Teil dazu bei. Im vorliegenden Jahresbericht 2019 erzählen wir über solche Initiativen, mit denen wir zusammenarbeiten und die wir massgeblich unterstützen. Entsprechend der

aussergewöhnlichen Situation werden neue Herausforderungen und Projekte hinzukommen.

Heute befinden wir uns auf unserem Planeten an einem Wendepunkt. Die Corona-Krise zeigt, dass es möglich ist, die Bewahrung von Menschenleben vor Egoismus und Profitgier zu stellen. Zugegeben, dies geschieht gezwungenermassen, weil das Virus die ganze globalisierte Gesellschaft und Wirtschaft angreift - inklusive die Mächtigen und Reichen. Gleichzeitig besteht die Gefahr, dass autoritäre Regierungsformen und die Überwachung der Bürgerinnen und Bürger unter dem Vorwand sanitärer Massnahmen ausgebaut werden und öffentliche Kundgebungen über die erforderliche Zeit hinaus verboten bleiben. Hier gilt es, wachsam zu sein.

Es ist zu hoffen, dass diese Krise die Menschheit zur Besinnung bringt und dass künftig die soziale Gerechtigkeit, die Erhaltung einer gesunden Umwelt sowie der Klimaschutz Vorrang erhalten.

Nichts weniger als das Überleben der Menschheit steht auf dem Spiel. Sollte nach dieser Krise jedoch alles zum Alten zurückkehren, werden wir wohl Protestbewegungen erleben, welche diejenigen von 2019 bei weitem übertreffen und vielleicht in ganz neuen Formen auftreten werden. Dies ist unsere Befürchtung und gleichzeitig unsere Hoffnung. Inzwischen müssen wir die Keime für eine solidarische Zukunft am Leben erhalten, die es überall gibt oder neu entstehen.

Das EBF-Team

Basel, den 24. April 2020

# Migration & Ausbeutung





Das Plastikmeer von El Ejido bleibt trotz gravierender Umweltprobleme das Zentrum der industriellen Gemüseproduktion und setzt weiterhin auf die schonungslose Ausbeutung schutzloser Menschen.

Und diejenigen, die sich als Tagelöhner\*innen in den Plastiktunnels verdingen müssen, sind häufig Geflüchtete und Sans-Papiers.

Sie finden in Europa nicht den erhofften Frieden, sondern Ausbeutung, Abhängigkeit und Lohnbetrug.

Ein leeres Gewächshaus als improvisierte Unterkunft.



## [ El Ejido ]

Rassistische Ausschreitungen gegen marokkanische Arbeiter\*innen in El Ejido waren im Jahr 2000 für europäische Medien nur kurzzeitig von Aktualität. Das EBF organisierte internationale Delegationen und brachte das Thema der modernen Sklaverei in der industriellen Landwirtschaft auf den Tisch. Dank der Hilfe aus dem Unterstützungskreis in der Schweiz, konnte das EBF der Landarbeiter\*innen-Gewerkschaft SOC den Aufbau dreier Beratungsstellen ermöglichen.

Bis dahin gab es in El Ejido keine Lokale für Marokkaner\*innen im Zentrum der Stadt, in denen juristische Hilfe aber auch menschlicher Beistand, angeboten wurde. Die alltägliche Segregation zwischen Einheimischen und Menschen aus Nordafrika war omnipräsent. Arbeitsunfälle, Willkür und gewalttätige Übergriffe blieben ungeahndet. Immer härtere Massnahmen der Behörden zwingen viele



Migrant\*innen dazu, im Versteckten zu leben. Als Rechtlose werden sie oft zu Billigtlöhnen ausgebeutet. Mit Unterstützung des EBF organisierte die SOC auch im Berichtsjahr Sprachkurse, Informations- und Aufklärungsarbeit in ihren drei Empfangslokalen. In Fortbildungskursen werden Fertigkeiten, Kenntnisse und Techniken vermittelt, die gebraucht werden, um gegen die alltägliche Ausbeutung und Unterhöhnung des Arbeitsrechts angehen zu können - sowohl in den Gewächshäusern als auch in den Verpackungsfirmen.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die Arbeit auf dem Terrain in den Weiten des «Plastimeeres». Unermüdlich besuchen Mitarbeiter\*innen unangekündigt Betriebe und klären die Arbeiter\*innen vor Ort über ihre Rechte auf. Die Anwältin der SOC-Almería stand den Ausgebeuteten auch im Berichtsjahr vor Gericht zur Seite.

Die SOC klärt die Arbeiter\*innen über ihre Möglichkeiten auf.





Hafida Mounjid mit der Anwältin der SOC, Laura Gongora Perez.

### **Ein Betriebsrat bei Biosol**

Das EBF unterstützte Hafida Mounjid 2014 gemeinsam mit der Landarbeiter\*innen-Gewerkschaft SOC gegen ihre unrechtmässige Entlassung bei dem Gemüsebetrieb Biosol im Plastikmeer von Almería. Fünf Jahre später ist sie eine von drei gewählten Betriebsräten, den Ersten in der Region überhaupt. Ein grosser Erfolg für sie aber auch für die SOC. Es war ein langer Weg, einen Betriebsrat durchzusetzen, ordentliche Wahlen zu organisieren und die Menschen zu ermutigen für ihre Rechte einzustehen. Sobald dies einmal geschehen ist, lassen sich die Arbeiter\*innen so schnell nicht wieder gegeneinander ausspielen.

### **Ein erfolgreicher Streik gegen unverschämte Ausbeutung**

Bereits Ende 2018 nahmen Arbeiter\*innen von Goday Hortalizas Kontakt zur SOC auf. Sie berichteten, von einem Subunternehmen zum Nächsten gereicht worden zu sein, um ihnen die nach langjähriger Arbeit zustehenden unbefristeten Arbeitsverträge zu verwehren, von nicht eingehaltenem Mindestlohn und viel zu kurzen Pausenzeiten.



Die Firma mit Sitz in El Ejido betreibt vor allem in der Region von San Isidro ein Netz von Gewächshäusern und exportiert ihre Paprika in 25 Länder, so auch in die Schweiz. Ein Geschäftserfolg auf dem Rücken der Arbeiter\*innen. Ein von der SOC angestrebtes Schlichtungsverfahren liess Goday scheitern und ein erster kleiner Streik im Januar 2019 führte zu minimalen Verbesserungen und vielen leeren Versprechungen. Als zu Beginn der neuen Saison die Menschen, die den Protest anführten, nicht mehr weiter beschäftigt werden sollten, platzte den Arbeiter\*innen der Kragen und 34 von 40 traten in einen unbefristeten Streik, den sie nur mit Hartnäckigkeit und Dank internationaler Unterstützung vier Wochen durchhalten konnten. Die wichtigsten Forderungen der Streikenden wurden erfüllt: Nachzahlung des Mindestlohns von 6,90 Euro pro Stunde und die Wiedereinstellung der entlassenen Arbeiter\*innen oder deren Entschädigung.



«Es gibt keinen Ort, an dem wir essen könnten. Die Chefs behandeln uns wie Hunde und es gibt zu wenig sanitäre Einrichtungen.»

Dringende Fragen anhören: José Garcia Cueva (SOC), Mohamed Hakeck (FNSA), Johannes Dahmke (EBF), hinter dem Tisch.



### Ein Beispiel, das Mut macht

Im Herbst lud die SOC Mohamed Hakeck der marokkanischen Gewerkschaft FNSA für eine Woche nach Almería ein. Gemeinsam nutzten sie die Zeit mit täglichen Fortbildungskursen, sowohl mit den Mitarbeiter\*innen der Gewerkschaft als auch mit Arbeiter\*innen, die inspiriert von den Erfolgen gegen die Firma Godoy, in einen unbefristeten Streik gegen einen Zulieferbetrieb getreten waren. Sie ar-

beiteten während bis zu 12 Jahren im selben Gewächshaus und es wurde ihnen erzählt, dass ihr Chef Pleite gegangen wäre und sie nun zu neuen, schlechteren Konditionen im selben Gewächshaus arbeiten sollten. Leider eine gängige Praxis.

Das EBF unterstützt die Menschen vor Ort und baut Druck gegen die Grossverteiler auf.

Ohne die Hilfe zur Selbsthilfe der SOC bliebe die Ausbeutung hinter dem Plastik verborgen.



Diese Beispiele zeigen eine strukturelle Veränderung in der Region von Nijar und San Isidro auf, einem Teil des Plastikmeeres von Almería. Hier findet eine Konzentration von Flächen auf einige Grossunternehmen statt. Dies verändert die Arbeit der SOC an diesen Orten. In Firmen wie Biosol, Biosabor oder Coprohnijar arbeiten bis zu hundert Menschen, die für die SOC wesentlich einfacher zu erreichen sind als in den Kleinbetrieben.


Das ist ein grosser Vorteil gegenüber der Region von El Ejido, in der weiterhin die Mehrzahl der Gewächshäuser in Familienbesitz sind und selten mehr als 10 Arbeiter\*innen im selben Tunnel arbeiten.

Das EBF unterstützte auch im Berichtsjahr massgeblich die Anlaufstellen der SOC. Im Oktober 2019 organisierte das EBF eine einwöchige Delegation nach Almería.

# Flucht & Exil

Immer mehr Menschen fliehen vor Krieg, Verfolgung und Hunger. Auf den Fluchtlinien in und um Europa gibt es viele Initiativen, die den Flüchtenden auf ihrem Weg zu Hilfe eilen. Die Menschen sind unterwegs, um Orte zu finden, wo sie in Sicherheit leben und sich eine Zukunft aufbauen können.





Diese Orte entstehen dort, wo wir  
uns über Grenzen, Mauern und eng-  
stirnige Behörden hinwegsetzen  
und die Flüchtlinge als Mit-  
menschen willkommen heißen.  
Es sind Orte der Zivilcourage  
und der aktiven Solidarität.



«Das Wasser ist nicht trinkbar» steht auf dem Tank - symbolisch für die menschenunwürdigen Zustände im Lager von Vučjak.



## [ Endstation Bosnien ]

An der Aussengrenze Europas in Bosnien-Herzegowina leben Tausende von Geflüchteten aus verschiedensten Ländern unter menschenunwürdigen Bedingungen. Sie werden beim Versuch, über die Grenze nach Kroatien und in die EU zu gelangen, von den kroatischen Grenzpolizisten systematisch zurückgeschoben, geschlagen und gedemütigt. Die Hauptverantwortung liegt bei der EU; Kroatien ist nur deren Wachhund. Die Schweiz ist mitverantwortlich, weil sie das Grenzregime der EU als

Mitglied der Grenzschutzagentur Frontex unterstützt und keinerlei Initiative ergriffen hat, um Bosnien zu entlasten und den Geflüchteten zu helfen.

Dies war das Fazit der internationalen EBF-Menschenrechtsdelegation, die vom 22. bis 26. März 2019 Kroatien und Bosnien besuchte, und einen ausführlichen Bericht vorlegte. In der Folge initiierte das EBF eine Briefaktion an die Vorsteherin des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements (EJPD), Bundesrätin Karin Keller-Sutter, mit mehreren Forderungen, u.a. die Schweizer Beteiligung an Frontex-Einsätzen ein-



## Unterwegs in Bern mit der Forderung, Geflüchtete aus den Camps in Bosnien aufzunehmen.



zustellen und ein Flüchtlingskontingent aus Bosnien aufzunehmen. In diesem Sinne schrieben über 800 Menschen aus der ganzen Schweiz persönlich an die Bundesrätin. Mehrere Parlamentarier\*innen formulierten in der Folge Anfragen an den Bundesrat, die in die gleiche Richtung gingen.

### Öffnet die Tür!

Vom 23. bis 26. Juli 2019 besuchte eine EBF-Vertreterin aus Österreich nochmals die Geflüchteten und deren Unterstützer\*innen in Bosnien und berichtete von den

unsäglichen Zuständen im Lager von Vučjak auf einer ehemaligen Müllhalde in der Nähe von Bihać. Dies war der Anlass, um sich erneut an Bundesrätin Keller-Sutter und die gesamte Schweizer Regierung zu wenden.

Am 27. November des Berichtsjahres zogen Mitglieder des EBF, eine Schar von engagierten Bürger\*innen sowie Vertreter\*innen von zivilgesellschaftlichen Flüchtlingsinitiativen aus Kroatien und Bosnien zum Bundeshaus in Bern. Sie trugen Tafeln mit der Aufschrift «Endstation Bosnien? Öffnet die Tür für Flüchtlinge aus den Lagern in Bosnien!» mit sich und übergaben einen Offenen

Bewohner\*innen von Sarajewo bereiten in einer ungenutzten Garage Kleider für Migrant\*innen vor.



Foto: Esther Narbaud

Brief an den Bundesrat, der vom Informationschef des EJPD entgegengenommen wurde. Danach suchte die Delegation die EU-Botschaft in der Nähe auf und überreichte einen Brief zu Händen der neu gewählten Präsidentin der Europäischen Kommission. Am Abend desselben Tages lud das EBF zu einer Informationsveranstaltung mit den Gästen aus Kroatien und Bosnien ins CAP in der Französischen Kirche von Bern ein. Unter mehreren Referent\*innen waren eine Vertreterin des «Center for Peace Studies» aus Zagreb anwesend sowie eine unabhängige Journalistin aus Sarajewo.

### **Konkrete Hilfe**

Am 18. Dezember fand im Bundeshaus von Bern ein Hearing zwischen Parlamentarier\*innen, Mitgliedern der EBF-Menschenrechtsdelegation, Vertreter\*innen humanitärer Werke und einer engagierten Flüchtlingshelferin von der Initiative «Are You Syrious» in Zagreb statt. Am 22. Dezember war das EBF mit einer Vertreterin aus Bosnien zum traditionellen Weihnachtskonzert der Französischen Kirche in Bern eingeladen, um Hilfs-

projekte für Geflüchtete in Bosnien vorzustellen. Der Erlös der Kollekte war für diese bestimmt. Am 24. Dezember 2019 machte sich ein Hilfskonvoi eines befreundeten Schweizer Flüchtlingshelfers auf den Weg nach Bosnien. Das EBF beteiligte sich finanziell an dieser Aktion. Seit der ersten Reise vom März des Berichtsjahres lancierte das EBF mehrere Spenden-Appelle in der Schweiz und in Österreich zur Unterstützung der zivilgesellschaftlichen Flüchtlingsinitiativen in Kroatien und Bosnien. Die Erträge konnten die Hilfe vor Ort verstärken. Leider waren die Schweizer Regierung und die EU bisher nicht bereit, auf die Forderungen des EBF und vieler anderer Initiativen einzugehen. Die ganze Kampagne hat aber erreicht, dass die Medien und viele Menschen über die unhaltbaren Zustände an der östlichen Aussengrenze der EU informiert wurden. Immerhin wurde das schreckliche Lager von Vučjak noch im Dezember 2019 evakuiert.

Verschiedene Teilnehmer\*innen an den oben geschilderten EBF-Anlässen entschieden sich, selbst vor Ort zu gehen, um Hilfe zu leisten.

## Riace - Empfang im Dorf

Als 1989 zum ersten Mal ein Flüchtlingschiff vor die Küste des Dorfes Riace getrieben wurde, waren die Menschen im Dorf spontan bereit, die Geflüchteten, die an der Küste Kalabriens ankamen herzlich zu empfangen und alle notwendigen Vorkehrungen zu treffen, damit sie im Dorf bleiben können. Trotz starker Abwanderung ist Riace nicht einfach, wie andere Orte in Süditalien, von der Landkarte verschwunden und zum Geisterdorf geworden. Es ist, dank seiner Öffnung gegenüber Migrant\*innen, lebendig geblieben.

Seitdem hat der Bürgermeister Domenico Lucano mit einer Handvoll junger Leute eine grosse Anzahl von Häusern, die seit dem Wegzug ihrer Bewohner\*innen leer standen, wieder instand gesetzt und den Gestrandeten zur Verfügung gestellt. Gleichzeitig kam die Idee auf, die landwirtschaftlichen und handwerklichen Aktivitäten auf den verlassenen

Terrassen und Ländereien wieder neu zu beleben, um so als Dorf dem scheinbar unvermeidlichen Schicksal des Aussterbens zu entgehen. Dieses kleine Dorf hielt im Berichtsjahr nicht nur Italien in Atem. Es war ein ungleicher Kampf zwischen dem humanen Italien, und dem rechten, hässlichen Italien. Zwischen dem mutigen, dreimaligen Bürgermeister Domenico Lucano und dem fremdenfeindlichen, damaligen Innenminister Salvini.

Im Sommer 2018 traten Domenico und einige Migrant\*innen und Mitarbeiter\*innen aus Protest gegen die menschenverachtende Politik aus Rom in einen Hungerstreik. Seit Monaten wurden die zugesagten Hilfsgelder des institutionellen Hilfsprogramms für Flüchtlinge nicht mehr ausbezahlt, Erklärungen für den Zahlungsstopp blieben aus, mit verheerenden Konsequenzen für die Geflüchteten und die geschaffenen Strukturen im Dorf. Als erste Massnahme beteiligte sich das EBF finanziell an der Initiative, einen Teil der Schulden, welche sich bei Flüchtlingen und lokalen Ladenbesitzern angehäuften hatten, einzulösen. Dies war eine wichtige Massnahme, um die



lähmende Angst vor einem wirtschaftlichen Ruin zu überwinden. Diese Kampagne ging von einer breiten Solidaritätsbewegung aus und wurde von der italienischen Kooperative Chico Mendes unterstützt, welche in Italien ein Netz von Alternativläden betreibt. Um Riace als Symbol des offenen Italiens zu zer-

stören, wurde gezielt gegen den Bürgermeister als Person vorgegangen. Fadenscheinige Vorwürfe führten zu einer kurzen Haft und Hausarrest und schliesslich in die Verbannung. In sein Dorf zurückkehren konnte Domenico erst im September. Am selben Tag, an dem Salvini aus der Regierung in Rom schied. In einer generellen Atmosphäre von Xenophobie und einer grossen Verunsicherung angesichts der ausbleibenden Zahlungen aus Rom fanden im Mai 2019 in Riace die Gemeindewahlen statt. Die Liste von Domenico Lucano, auf welcher er als einfacher Gemeinderat mitkandidiert hatte, durch die Verbannung vom Wahlkampf faktisch ausgeschlossen, unterlag.



Während des «Hungerstreiks für Gerechtigkeit» erfährt Domenico Lucano (auf der Treppe oben links) viel Solidarität.



Es wurden aber weiterhin Geflüchtete aufgenommen und ein grosszügiges Darlehen der italienischen Alternativbank Banca Etica sorgte für einen etwas freieren Rücken, entspannte die allgemeine Stimmung und schuf die wichtige Vertrauensbasis für einen Neuanfang. Die Stiftung «E Stato il Vento», in der eine Vertreterin des Europäischen BürgerInnen Forums im Vorstand vertreten ist, ist in die Bresche gesprungen, die

durch die Verbannung des Bürgermeisters entstand, und konnte trotz Hochs und Tiefs die Kontinuität des Projektes gewährleisten. So wurde zum Beispiel die neue Olivenölpresse in alter Tradition in Betrieb genommen.

Anlässlich des Riace-Festivals im August hielt sie im Dorf ihre zweite Sitzung mit einem erweiterten Stiftungsrat ab und legte dabei ihre Priori-



täten für die kommende Zeit fest. An vorderster Stelle steht die Situation der noch immer in Riace lebenden Geflüchteten, sowie die Evaluation der aktuellen Aufnahmekapazität von neuen Migrant\*innen und die Suche nach eventuellen Partnerschaftsorganisationen in diesem Bereich. Auch wurde nach Wegen gesucht, die Handwerksbetriebe wieder zu eröffnen und den solidarischen Tourismus, die eigentliche finanzielle Grundlage einer zukünftigen selbständigen wirtschaftlichen Entwicklung des Gesamtprojektes, in die Wege zu leiten.

Das EBF beteiligte sich an der Gründung und Finanzierung der gemeinsamen Stiftung «E Stato il Vento» für Riace. Diese wird als zukünftige finanzielle Trägerschaft der Projekte in Riace fungieren. Im Stiftungsrat werden - neben Re.Co.Sol. und dem EBF - vor allem lokale Initiativen der Zivilgesellschaft aus Kalabrien vertreten sein. Diese sind bereit, das Projekt mitzutragen. Diese Kerngruppe wird sich um die Frage der notwendigen finanziellen Unterstützung für die verbleibenden, aber auch für die zurückkehrenden und für neu ankommende Migrant\*innen kümmern.

#### Neuer Lebensmut für Mutter und Kind.







## Der Schweizer Menschenrechtspreis «Offene Alpen» 2019

Als Anerkennung und Dank für ihren mutigen Einsatz, mit dem sie notleidende Flüchtende in den Bergen retten und rassistische und fremdenfeindliche Übergriffe anprangern, beschloss der «Freundeskreis Cornelius Koch», den Schweizer Menschenrechtspreis «Offene Alpen» für das Jahr 2019 den «7 von Briançon» zu verleihen.

Es handelt sich um Théo Buckmaster, Bastien Stauffer, Eleonora Laterza, Mathieu Burellier, Benoît Ducos, Jean-Luc Jalmain und Lisa Malapert. Der von dem Schweizer Flüchtlingspfarrer Cornelius Koch (1940-2001) gegründete Preis ist mit 12'000 Schweizerfranken dotiert.



Die «7 von Briançon» waren im Dezember 2018 in einem skandalösen Prozess in Frankreich wegen «Beihilfe zum illegalen Grenzübertritt von Ausländer\*innen» zu bedingten bzw. unbedingten Gefängnisstrafen verurteilt worden. Mehrere Vertreter\*innen des EBF waren 2018 als Prozessbeobachter\*innen im Gericht von Gap präsent und beteiligten sich im Berichtsjahr 2019 massgeblich an der Orga-

nisierung des Anlasses für die Preisübergabe. Die Preisverleihung fand am 23. April 2019 auf dem Alpenpass «Col de Montgenève» an der französisch-italienischen Grenze statt. Mit diesem Anlass sollte diesen engagierten Menschen der Rücken gestärkt und gleichzeitig die Öffentlichkeit über die unhaltbare Situation der Flüchtenden bei der Überquerung der französisch-italienischen Alpen aufgerüttelt werden.



Bastien Stauffer (7 von Briançon), Don Giusto della Valle (Pfarrer), Mathieu Burellier (7 v. B.), Hannes Reiser (Freundeskreis Cornelius Koch), Benoit Ducos (7 v. B.), Théo Buckmaster (7 v. B.), Christine Schilter, Claude Braun & Michael Rössler (EBF).

Eine legale Einreise, um einen Asylantrag zu stellen, wird ihnen mit Verweis auf das Dublin-Abkommen verweigert. Die Grenzpolizei jagt die Migrant\*innen und bringt viele in Lebensgefahr. Unwegsames Gelände, Kälte und Schnee machen ihnen zusätzlich zu schaffen. In den Jahren 2018 und 2019 kamen mindestens vier Migrant\*innen um.

An der Preisverleihung auf dem Alpenpass nahmen mehr als 100 Menschen aus verschiedenen Ländern teil. Die Zeremonie begann mit einer Schweigeminute für die Opfer der Festung Europa an den Grenzen und im Mittelmeer. Danach ergriffen mehrere Persönlichkeiten und engagierte Menschen das Wort, darunter die Schriftstellerin und Soziologin Pinar Selek aus der Türkei, die in Frankreich im Exil lebt, danach der ehemalige Staatsanwalt Dick Marty aus der Schweiz sowie der Flüchtlingspfarrer Don Giusto della Valle aus Norditalien und Preisträger 2017.

Nach der Überreichung der Preisurkunde und von 600 Solidaritätsschreiben, welche Bürger\*innen aus der Schweiz und Frankreich für die «7 von Briançon» eingeschickt hatten, fuhren die Teilnehmer\*innen in Richtung Briançon. Unweit der Stadt hielten sie an der Strasse an, um zum Gedenken an einen jungen Migrant aus Togo, der im Februar 2019 an Unterkühlung starb, eine Tafel anzubringen und Blumen zu hinterlegen.



Pinar Selek



Dick Marty



## Prozessbeobachtung in Ungarn

Im Jahr 2018 waren Vertreter\*innen des EBF und des «Freundeskreises Cornelius Koch» drei Mal als internationale Beobachter\*innen bei dem Prozess gegen den Syrer Ahmed H. in Szeged (Südungarn) und machten, gemeinsam mit dem Komitee «Free the Röszke 11» und Amnesty International, die skandalösen Umstände und Konsequenzen dieses Verfahrens in der Öffentlichkeit bekannt.

Ahmed H. hatte im September 2015 seine Eltern und die Familie seines Bruders auf der Flucht von Syrien nach Europa begleitet und war nach der plötzlichen Schliessung der ungarischen Grenze in gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen der Grenzpolizei und den Flüchtenden geraten. Danach wurde er als «Rädelsführer» verhaftet.

In der ersten Instanz wurde Ahmed H. in einem Schnellverfahren zu 10 Jahren Haft wegen «Terrorismus» verurteilt. Ungarn kennt eine spezielle Definition dieses Begriffs: Es genügt die Absicht, den Staat zu etwas zwingen zu wollen, was dieser nicht will - in diesem Fall, die Grenze zu öffnen. Das Verfahren war von Anfang an ein politischer Prozess, an dem Ahmed H. als Sündenbock vorgeführt wurde, um die flüchtlingsfeindliche und rassistische Politik der ungarischen Regierung zu rechtfertigen. In Ungarn ist Terrorismus mit einer Mindeststrafe von 10 Jahren belegt.

Vermutlich aufgrund der internationalen Solidaritätskampagne ging das Berufungsgericht in seinem Urteil vom September 2018 jedoch unter dieses Strafmass.





Am Prozess in Szeged 2018: Ahmed H. wird mit Handschellen, Fussfessel und an einer Leine vorgeführt.

Das Gericht hielt dem Angeklagten zugute, dass er zwar den Versuch unternommen hatte, zwischen den Konfliktparteien zu vermitteln, und sogar Verletzte versorgt hatte, lastete ihm aber mehrere Steinwürfe gegen Polizisten an. Trotz der deutlichen Strafrezidivierung auf 5 Jahre wurde Ahmed H. wiederum als «Terrorist» verurteilt und blieb damit auf das Schwerste stigmatisiert. Durch die extensive Anwendung des Terrorismus-Begriffs in diesem Verfahren bestand die Gefahr, dass auch andere europäische Länder für die Kriminalisierung von Geflüchteten und ihren Unterstützer\*innen auf diese Art der Verurteilung zurückgreifen könnten. Um dies zu verhindern, war die internationale Informationskampagne unbedingt notwendig.

Ende Januar 2019 wurde Ahmed H. vorzeitig aus der Haft entlassen, aber sofort in einem geschlossenen Abschiebungszentrum in Ungarn interniert. Hier musste Ahmed H. abwarten, bis die Behörden

in Zypern die Einreise in das Land, in dem er bisher mit seiner Frau und seinen Kindern gelebt hatte, genehmigen würden. Doch nichts geschah. Erst nach vielen Interventionen und einer breiten Briefkampagne an den Präsidenten Zyperns, die das EBF mitgestartet hatte, konnte Ahmed H. im September 2019 endlich seine Frau und seine zwei Töchter wieder in die Arme schliessen.



Ahmed H. mit Tochter in glücklichen Tagen. (Foto: Amnesty)



## 「 Schutz für die Verletzlichsten 」

Das erste «Rasthaus für geflüchtete Frauen» mit Namen «Baobab» wurde im Februar 2015 von ARCOM (Vereinigung der kongolesischen Migrant\*innen und Asylsuchenden in Marokko) in Rabat angemietet. Das Rasthaus besteht aus mehreren Wohnungen mit Platz für je zehn Frauen, wo sie temporär wohnen können. Doch die Nachfrage ist riesig.

Das EBF unterstützte im Berichtsjahr das bestehende Projekt und arbeitete mit den Initiator\*innen an dessen Ausweitung. Dazu gehört auch die Einschulung der Kinder von den geflüchteten Frauen.

Die Frauen, die aus afrikanischen Ländern in Richtung Europa migrieren, haben die Sahara durchquert und auf ihrer Flucht unglaubliche Gräueltaten erlitten. Frauen erfahren unterwegs viel mehr Gewalt als Männer. In Marokko, dem letzten Land vor Europa, haben sie keinen Platz, wo sie schlafen können; also geht die Gewalt und Ausbeutung weiter.

# Lebensgrundlagen & Autonomie

Während es gilt, eine Klimakrise unermesslichen Ausmasses abzuwenden, werden weiterhin riesige Flächen Wald zerstört. Für industrialisierte Land- und Viehwirtschaft aber auch für Massentourismus. Die zivilgesellschaftliche Initiative «free Svydovets» entschloss sich, gegen die Zerstörung vorzugehen.



## Ukraine: Kampagne zum Schutz eines Naturgebietes

Während des ganzen Jahres 2019 beteiligten sich Vertreter\*innen des EBF an einer internationalen Kampagne gegen die Zerstörung einer einmaligen Naturlandschaft. Es handelt sich um das bewaldete Bergmassiv Svydovets in Transkarpatien (Ukraine). Ein ukrainischer Oligarch will dieses Gebiet in einen riesigen Ski-Tourismus-Komplex umwandeln, wobei das ökologische Gleichgewicht für immer zerstört würde. Im Jahr 2017 gründeten einige Dorfbewohner\*innen und ukrainische NGO sowie Mitglieder von Longo maï und des EBF die Plattform «free Svydovets» und wehren sich seitdem gegen dieses grössenwahnsinnige Projekt. In der Schweiz ist eine gemeinsame Kampagne mit dem Bruno-Manser-Fonds entstanden, die gleichzeitig die

massiven illegalen Abholzungen von Primärwäldern in der Ukraine anprangert.

Eine junge Aktivistin von «free Svydovets» wurde offiziell an die UN-Klimakonferenz in New York eingeladen, die im September stattfand. Dort bekam sie die Gelegenheit, vor einem breiten internationalen Publikum über die Bedrohung des Naturgebietes und ihre Initiative zu berichten. Ein erfahrenes Mitglied des EBF reiste mit und kümmerte sich um die Öffentlichkeitsarbeit während des Gipfels. Vertreter\*innen des EBF waren auch regelmässig in Brüssel und Strassburg präsent, um bei den verschiedenen Instanzen der EU Interventionen gegenüber dem ukrainischen Präsidenten zu organisieren.



EBF- Delegation in New York



Ein Kahlschlag, tödlich für den Wald



Auf dem Bergmassiv Svydovets





Im Sommer 2015, schockiert von dem jähen Ende des «arabischen Frühlings» und dem immensen Leid der syrischen Zivilbevölkerung, entschloss sich eine Initiative von jungen Menschen aus Frankreich, namens «Graines et Cinema», zum Handeln.



## Geflüchteten eine Perspektive geben

Mit guten Kontakten zu einem mobilen Kino und dem EBF kontaktierten «Graines et Cinema» syrische Filmschaffende und tourten als Erstes während sechs Monaten durch Frankreich. «Autonomie und Ernährung in Zeiten von Krieg und Unterdrückung» waren bei allen gezeigten Werken omnipräsent. Kontakte mit Gartenprojekten in den belagerten Städten machten klar, dass es kaum sortenfestes Saatgut mehr gab. Das Baathregime nutzte bereits vor 2011 die hochindustrielle Landwirtschaft zur Unterdrückung und Gängelung der eigenen Bevölkerung. Aufmüpfigen Bauern konnte einfach das Korn für die nächste Aussaat vorenthalten werden.

Neben der Sensibilisierung ging es bei der Tournee durch Frankreich und andere europäische Länder in erster Linie darum, Saatgutspenden zu sammeln und diese dann über die Türkei in den Libanon zu bringen. Dort sollte das Saatgut vermehrt werden und, wenn möglich, syrischen Bäuer\*innen zu Gute kommen.



Ein Jahr später konnten die ersten Pakete mit einem Kleintransporter über die Türkei in den Libanon gebracht werden, in ein Flüchtlingslager ganz in der Nähe zur syrischen Grenze. 2000 m<sup>2</sup> zusätzliches Land für zehn Jahre wurden gepachtet und eine ganze Reihe Aus- und Fortbildungskurse rund um die Themen Landwirtschaft und Weiterverarbeitung angeboten. In den Sommermonaten nehmen mehr als hundert Syrer\*innen, Libanes\*innen und Europäer\*innen an den Kursen teil. Es ist ein Ort entstanden, an dem es für das Weitergeben von Wissen und Können aller Art Platz gibt.

Dort entstand dann auch das Netzwerk «Buzuruna Ju-zuruna» (Unsere Saat ist unsere Zukunft auf Arabisch). Das Kollektiv züchtet und vermehrt mehr als 300 Gemüse und Getreidesorten, die für die Gegend typisch waren, aber durch die «grüne Revolution» komplett vertrieben wurden. Bis Ende 2019 sind bereits 400 kleine Gärten in der Bekaa-Ebene initiiert worden. Im Berichtsjahr wurde eine erste Studienordnung mit 13 Lerneinheiten erstellt und die Kurse offiziell angeboten. Sie richten sich weiterhin vor allem an Geflüchtete, aber es gibt auch eine wachsende Nachfrage aus der lokalen



Bevölkerung. Ein guter Teil der Dynamik kommt aus der Mischung von Einheimischen, geflüchteten Menschen aus Syrien und den Freunden aus Frankreich. Auf zwei Bauernmärkten in Beirut und Zahlah, der christlich geprägten Hauptstadt der Bekaa-Ebene, werden Gemüseboxen verkauft und das Projekt konnte im Berichtsjahr 16 Menschen anstellen und damit auch ihren Familien wieder eine Perspektive geben. Über die Geflüchteten bestehen auch Kontakte zu Kleinbäuer\*innen in Syrien, die mit «Buzuruna Juzuruna» wieder Zugang zu Saatgut bekommen.



Etwa die Hälfte der ca. 1.5 Millionen aus Syrien in den Libanon Geflüchteten befinden sich in der Bekaa-Ebene. Die Gegend ist von industrieller Landwirtschaft geprägt und viele Geflüchtete arbeiten und leben unter sehr schlimmen Bedingungen. Alternativen vor Ort aufzubauen und Ausbildungen zu ermöglichen, bleibt ein Schwerpunkt.

Das EBF unterstützt seit Beginn «Graines et Cinéma» bzw. jetzt «Buzuruna Juzuruna» logistisch und finanziell.







**Das ganze Jahr über werden Landwirtschaftskurse angeboten. Sie helfen bei der Verständigung zwischen Einheimischen, Geflüchteten und den Initator\*innen des Projekts aus Europa. Alle Teilnehmer\*innen der Kurse erhalten eine Urkunde.**

## Saatgut für alle

Eigenes Saatgut gewinnen ist ein erster Schritt in Richtung Ernährungsautonomie und ein wichtiger Beitrag zur Erhaltung der Kulturpflanzenvielfalt.

Der Lehrfilm «Saatgut ist Gemeingut – Anleitung für Samengärtnerei» soll Saatgutinitiativen weltweit unterstützen und botanische Grundkenntnisse als Voraussetzung für Saatgutvermehrung fassbar machen. Er richtet sich an alle, die lernen wollen, Saatgut von Gemüse selbst zu vermehren, und vermittelt das Verständnis für die Entwicklung der Pflanzen, vom Samen wieder bis zum Samen, für die Blütenbiologie und ihre Befruchtung.

Vier DVDs zeigen die vielfältigen Handgriffe und Methoden, die beim Anbau, Ernten, Sortieren und Lagern von Saatgut angewendet werden. Die Samengärtnerei von 32 verschiedenen Gemüsesorten wird Schritt für Schritt in einzelnen kurzen Filmen erklärt.

Das EBF hat die Entstehung und die Produktion des Films begleitet und unterstützt. Nach dreijähriger Arbeit konnte die erste Version auf deutscher, französischer und englischer Sprache im Jahr 2015 vorgestellt werden. 2017 erschien eine Version in Spanisch (Lateinamerikanisch) und Portugiesisch (Brasilianisch).

Im Berichtsjahr konnten die Übersetzungen ins Holländische, Russische und Ukrainische abgeschlossen werden. Die Aufnahmen sollen 2020 beginnen.

Alle Videos samt einer Version auf Arabisch sind auf der Webseite frei zugänglich.

1. Ausgabe: Deutsch: Englisch, Französisch  
2. Ausgabe: Spanisch, Portugiesisch, Englisch;  
jeweils eine Box mit 4 DVD, Dauer 436 min.  
Preis: 58 CHF inklusive Versand

[www.diyseeds.org](http://www.diyseeds.org)





# Spenden

## Langfristige Solidarität dank regelmässiger Beiträge

Das EBF will in Zusammenarbeit mit betroffenen Menschen langfristige Veränderungen bewirken. Mit regelmässigen Spenden helfen Sie, Anlaufstellen zu finanzieren, Information zu verbreiten, Beobachterdelegationen vor Ort zu entsenden, rechtliche Unterstützung zu gewähren, Solidaritätsnetze aufzubauen.

## Kostensparendes Verfahren:

Für jede Einzahlung auf ein Bank- oder ein Postscheckkonto verrechnen Bank oder Post Gebühren. Mit einem Lastschrift-Auftrag bei der Post (DD) oder bei Ihrer Bank (LSV) können Sie die Arbeit des EBF unterstützen und gleichzeitig mithelfen, Verwaltungskosten zu senken. Weder Ihnen noch dem EBF entstehen dadurch Kosten. Bei jeder Belastung werden Sie von Ihrer Bank oder der Post verständigt. Falls Sie es sich anders überlegen sollten, können Sie mit Ihrer Unterschrift auf der jeweiligen Belastungsanzeige die Zahlung rückgängig machen.

## Spendenkonto:

Spenden in CHF an:  
PC 40-8523-5  
IBAN : CH24 0900 0000 4000 8523 5  
BIC : POFICHBEXXX

Spenden in Euro an:  
Komitee Europ. Bürgerforum Schweiz  
BKB-EURO-KONTO  
IBAN : CH56 0077 0016 5490 9272 8  
BIC : BKBBCHBBXXX

**Der Verein EBF ist in der Schweiz als gemeinnützig anerkannt und nimmt neben Spenden auch Erbschaften und Legate an.**

# Adressen des EBF

## Schweiz:

Europäisches BürgerInnen Forum  
St.Johanns-Vorstadt 13  
Postfach 1848  
CH-4001 Basel  
Tel.: +41-61-262 01 11  
E-Mail: ch@forumcivique.org

## Österreich:

Hof Stopar  
Lobnik 16  
A-9135 Železna Kapla/Eisenkappel  
Tel.: +43-42 38-87 05

Mühle Nikitsch  
Berggasse/Travnik 26  
A-7302 Nikitsch/Filež  
Tel.:+43-650/34 38 378  
E-Mail: at@forumcivique.org

## Deutschland:

Hof Ulenkrug  
Stubbendorf 68  
D-17159 Dargun  
Tel.: +49-399 59-20 329  
E-Mail: de@forumcivique.org

## Ukraine:

Vul. Borkanyuka 97  
UA-90440 Nizhne Selishche  
Khust, Zakarpattia  
E-Mail: ua@forumcivique.org

## Frankreich:

Hameau de St-Hippolyte  
F-04300 Limans  
Tel.: +33-492 73 05 98  
E-Mail: fr@forumcivique.org

## Rumänien:

Joachim Cotaru  
Str. Bisericii 234  
RO-557168 Hosman (SB)  
E-Mail: ro@forumcivique.org

**[www.forumcivique.org](http://www.forumcivique.org)**

Europäisches BürgerInnen Forum  
St.Johanns-Vorstadt 13  
Postfach 1848  
CH-4001 Basel  
Tel.: +41-61-262 01 11  
E-Mail: [ch@forumcivique.org](mailto:ch@forumcivique.org)

Fotos: Esther Narbaud, Marieke Braun,  
Patrick Oesch, Amnesty und EBF-Archiv.

The logo for 'civique forum!org' features the word 'civique' in a bold, red, lowercase sans-serif font. Below it, the word 'forum!org' is written in a bold, dark grey, lowercase sans-serif font. The exclamation mark in 'forum!' is a small, red, solid shape. The entire logo is set against a light blue rectangular background.